

Gefrierfleisch

Küchelt, Kalbsbraten, Schweinefleisch, Geflügel — die Fleischsorten, die auf dem Speiseplan der „besseren Leute“ miteinander abwechseln, sind mannigfaltig. In der Küche des Arbeiters fehlen Wild und Geflügel, Schweinefleisch und Kalbsbraten. In der Küche der proletarischen Familien gibt es nicht jene delikaten und abgestuften Zusammenstellungen, mit denen die Bourgeoisie in ihren Restaurants und Privathäusern das Essen und Trinken zur Quelle besonderer, übersteigter Genüsse macht. In der Küche des Arbeiters regiert ein einfacheres Gesetz: das Gesetz des Hungers. Essen und Trinken sind ihm nicht mehr und nichts anderes als das Problem, mit dem paar Groschen und Markstücken aus der Lohnkassette eine Woche lang auszukommen, eine Woche lang sonnt und billige Lebensmittel aufzutreiben, um auch am kommenden Tag von neuem der Arbeitsfront gewachsen zu sein. Der Arbeiter ißt, um zu leben.

Vielt man die Schiffberichte der Hamburg-Amerika-Linie — natürlich nicht über das Leben und Treiben der Zwischendeckpassagiere, sondern darüber, wie es den Passagieren der Kajütenklassen ergeht —, so stellt sich heraus, daß der durchschnittliche Verbrauch an Fleisch pro Kopf täglich ungefähr 400 Gramm darstellt. Diese Passagiere können essen, soviel sie mögen. Was sie verbrauchen, entspricht also jenem Quantum, das ein Mensch normalerweise verzehrt, wenn er seinen Bedarf ungehindert befriedigen kann. Auf das Jahr umgerechnet, ergibt das pro Kopf einen Fleischverbrauch von 170 Kilogramm.

Wie sieht es in Deutschland aus? Verteilt man die Mengen an Fleisch jeder Art, die beispielsweise im Jahre 1927 in Deutschland verbraucht wurden, auf die gesamte Bevölkerung, so ergibt sich ein durchschnittlicher Fleischverbrauch pro Kopf von 52 Kilogramm im Jahre. Aber wir wissen, daß diese Ziffer — so sehr schon sie hinter den Mengen zurückbleibt, die die unbegrenzte Erfüllung des Fleischbedürfnisses am Beispiel des Japan-Dampfers zeigte — noch immer nur eine bloß theoretische Zahl ist, daß die Wirklichkeit ein wesentlich anderes Bild ergibt.

Denn dieser statistisch zu erziehende durchschnittliche Fleischverbrauch verteilt sich ja auf Reich und Arm, auf die Bekleideten wie die Proleten. Und es versteht sich, daß auf dem Tisch des Arbeiters um soviel weniger Fleisch erscheint, als die Bourgeoisie ihren Verbrauch weit über das Durchschnittsmäß hinaus steigert.

Wie ist es in Wirklichkeit?

Mit den Löhnen, die das deutsche Proletariat nach fünf Jahren einer gewissen Stabilisierung des Kapitalismus heute erhält, mit jenen Löhnen, die die Schlichter der „demokratischen Republik“ die ehrenwerten Sozialdemokraten vom Schlags der *Willelmin* Co., in ihren Scheidungsprozessen kassierten, kann es sich nur selten ein Stück Fleisch leisten. Die statistischen Feststellungen des bürgerlichen Deutschland haben ergeben, daß für jene Arbeiterfamilien, die ein Jahreseinkommen von 2400 Mk. zur Verfügung haben, ganz 27 Kilogramm Fleisch, das ist für die Woche ein reichliches Fund, in Frage kommt. Aber 70 Prozent der deutschen Arbeiter haben ein Jahreseinkommen unter 2400 Mark. Für sie also reicht es fast, daß noch nicht einmal ein halbes Pfund Fleisch in jeder Woche auf ihren Tisch kommt.

Das ist die Klassenwirklichkeit jener „göttlichen Weltordnung“, für deren Schutz wir eine „demokratische Verfassung“, eine „republikanische“ Polizei, eine Schwarzrotgoldene Reichswehr und die Klassenjustiz des Koalitionsministers Koch besitzen; auf der einen Seite die Passagiere des Japan-Dampfers, die pro Kopf fast ein Pfund Fleisch täglich nach Belieben herunterhingen können, und auf der anderen jene Millionen Proletarierfamilien, in deren Kucheltopf die ganze Woche lang kaum ein halbes Pfund Fleisch für Mann und Frau und die hungrigen Kinder zusammen kommt!

Sind die Proleten andere Menschen?

Haben sie einen kleineren Magen? Rührt weniger Mut durch ihre Nerven? Nichts von alledem.

Es ist nicht ihre natürliche Beschaffenheit, nicht ihr größerer Magen, der die reichen Schmarotzer befähigt, soviel mehr zu verbrauchen, als die Massen des arbeitenden Volkes; es ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die den einen erlaubt, von der Armut der anderen zu profitieren. Die deutschen Arbeiter möchten recht gern genau soviel Fleisch verzehren wie jene Passagiere des Japan-Dampfers. Und die Arbeiterfrauen wägen gar nicht abgeneigt, auch ihren Kindern die gleiche Schmarotzerei und porzellanartige Kost zu verschaffen. Es fehlt ihnen nur eine Kleinigkeit: das Geld, um sich dieses Fleisch, diese Lebensmittel zu kaufen.

Schweinefleisch, Rindfleisch, frisch aus dem Schlächterladen, und in der großen Mehrzahl der proletarischen Haushaltungen ein seltener Artikel. Es ist nichts Neues, daß Millionen Pro-

letarierfamilien ihren Fleischbedarf, so kümmerlich er ist, nur mit dem billigeren Gefrierfleisch befriedigen können.

Gefrierfleisch ist besser als gar kein Fleisch.

Aber die Großhändler und Schweinehändler sehen es lieber, wenn die paar Mark aus der Lohnkassette des Proleten, die in jeder Woche für Fleisch draufgehen dürfen, angewandt werden, um ein wenig teureres frisches Fleisch zu kaufen und so durch den Millionenverlust dessen Preise noch weiter emporzutreiben, als daß mit der gleichen Summe mehr und billigeres Gefrierfleisch gekauft wird. So dillieren sie die riesigen Fässer, mit deren Hilfe die Einfuhr von Gefrierfleisch bis auf ein kleines Quantum abgestopft wird.

Ganze 50 000 Tonnen Gefrierfleisch dürfen in jedem Jahr ohne Zoll nach Deutschland eingeführt werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Menge auch nicht im mindesten ausreicht, um den Bedarf der Arbeiterschaft an billigem Fleisch zu befriedigen. Seit Jahr und Tag kämpft darum die kommunistische Partei um die Aufhebung des Zolles auf Gefrierfleisch oder wenigstens die Erhöhung dieses zollfreien Einfuhrkontingents. Als dieser Kampf im Frühjahr noch gegen die damalige Bürgerblockregierung ausgetragen wurde, mußte die SPD die Stellung des Bürgerblockzentrums gegen die Forderungen der Arbeiterschaft im Wahlkampf weichen lassen. Heute steht die Koalitionsregierung unter der Führung sozialdemokratischer Minister. Hermann Müller, der Parteichef der SPD, ist Reichskanzler. Was hat sich geändert? Nichts!

Gewandwirtschaft bei der Reichswehr

Subventionspolitik auf Kosten der Erwerbslosen — Die Marineleitung verspricht „Besserung“ — Verschwendung von Steuergeldern!

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Die Reichswehr hat als Kriegsinstrument der deutschen Bourgeoisie mit Zustimmung der SPD-Führer einen Riesensubventionenplan. In welcher Weise die Reichswehr die Steuergelder der Werttätigen für Rüstungen, Spionage, Nebensubventionen an die für Kriegsvorbereitungen in Frage kommenden Werke sowie für das Wohlleben der Offiziere verwendet, haben wir bereits wiederholt aufgezeigt. Jetzt wird diese Tatsache ausgerechnet durch den in seiner Mehrheit mit bürgerlichen Reaktionen besetzten Rechnungshof des Deutschen Reiches ausdrücklich bestätigt. Das Berliner Tageblatt teilt auf Grund der diesbezüglichen Denkschrift des Rechnungshofes neben anderen Schwandeleien, die die Reichswehr in ihrem Etat zuungunsten des Reichshaushaltstetats betrieb, folgende Dinge mit:

„Dieses Dokument ist äußerlich aufschlußreich und ist insbesondere eine vernichtende Kritik an der im Heer und in der Marine im Jahre 1925 betriebenen Etatwirtschaft. Vorzuerst einmal ist festzustellen, daß die Vorprüfung sämtlicher Rechnungen durch die zuständigen Verwaltungsbehörden im Jahre 1925 (!) noch nicht vollständig und ordnungsgemäß durchgeführt werden konnte. Von den gesamten Rechnungen der Truppenteile ist teilweise kaum ein Viertel bis ein Drittel geprüft worden.“

Bei der Prüfung der Rechnungen ist weiter aufgefallen, daß für die Ausstattung von Wohnräumen und Reisen auf den Schiffen „Schleswig-Holstein“ und „Emden“ Aufwendungen gemacht worden sind, die z. B. für Wein- und andere Gläser und für die Ausstattung von Wohnräumen mit künstlerischen Gegenständen das Maß des Notwendigen übersteigen, und auch nicht durch die Forderung der dem Reich obliegenden Repräsentation im Auslande begründet sind.“

Von besonderem Interesse sind alsdann auch die Bemerkungen des Rechnungshofes über einzelne, dem Heer und der Marine nachgewiesenen

Beside gegen die Haushaltordnung.

So ist z. B. von der Seetransportabteilung, die damals dem Kapitän Dohmann noch unterstand, die Marineleitung am Bau des Flottillen-Korvetteschiffes „Barbara“ beteiligt gewesen, ohne daß die hierfür notwendigen Gelder im Haushalt angefordert worden sind. Vom Rechnungshof wird dieses Vorgehen gerügt. Die für dieses Schiff notwendigen Gelder sind von dem Betrage für die werkschaffende Erwerbslosenfürsorge abgezweigt worden, abgesehen nach dem Grundgedanken der produktiven Erwerbslosenfürsorge als Notstandsarbeiten nur zusätzliche Arbeiten hätten gefördert werden dürfen.

Nicht nur die Seetransportabteilung, sondern auch ein Pionierbataillon hat ein Schiff gebaut,

Die kommunistische Reichstagsfraktion stellte den Antrag, den Zoll auf Gefrierfleisch aufzuheben oder wenigstens, nach dem Verlangen des bürgerlichen bawischen Städtetages, das zollfreie Quantum auf 150 000 Tonnen zu erhöhen und die Verteilung dieses Quantum nicht der privaten Spekulation des Großhandels, sondern Gemeinden und Konsumenten zu übertragen.

Der Reichstag und die Koalitionsregierung der Hermann Müller, Severing, Hilferding, Wislizenus lehnten die kommunistischen Anträge ab.

Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Koalitionsminister

schwangen die Hungerpeitsche gegen die deutsche Arbeiterschaft. Wie die Offenbar der Unternehmer für Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, so soll die Zollpolitik des kapitalistischen Staates gegen die werttätigen Massen die Vorbedingungen für die imperialistische Politik des kapitalistischen Deutschlands, für seinen Kampf um den Weltmarkt schaffen! Und bei der einen wie der anderen Methode findet das Kapital getreue Hilfe bei seinen sozialdemokratischen Lakaien.

Der Arbeiter, die Arbeiterfrau, in deren Küche von Tag zu Tag größerer Mangel herrscht — sie dürfen und werden es nicht vergessen, daß es die Koalitionsregierung der Hermann Müller und Severing ist, die diesen Mangel verschuldet hat!

Rot und Elend der Arbeiterklasse — es gibt nur eine Antwort darauf: Den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung, gegen die kapitalistische Republik, gegen die Koalitionsregierung! Den Kampf unter Führung der KPD!

Gewandwirtschaft bei der Reichswehr

Subventionspolitik auf Kosten der Erwerbslosen — Die Marineleitung verspricht „Besserung“ — Verschwendung von Steuergeldern!

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

und zwar im Rechnungsjahr 1924. Von diesem Bataillon ist ein sechsiges Doppelschraubenmotorboot in Bestellung gegeben worden. Die Beirteilung der Beschaffungskosten aus laufenden Mitteln des Reichshaushalts hält der Rechnungshof in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister für unzulässig. Sehr schwere Vorwürfe werden der Marineleitung auch bei den Ausgaben des Kriegskolonialmateriale gemacht. Es haben hier bei den Werften unzulässige Umbauarbeiten stattgefunden, so daß noch

ein Betrag von mehr als drei Millionen Mark vom Reichsrat und Reichstag nachträglich genehmigt werden muß.

Von der Marineleitung ist zugejagt worden, daß derartige Fehler nicht mehr vorkommen.“

Die Zusicherung der Marineleitung zur Vermeidung derartiger Fehler wird darin bestehen, daß sie in Zukunft in raffinierter Weise versuchen wird, ihre Etatwirtschaft noch mehr zu verschleiern. Die Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß diese Luderwirtschaft nur verschwinden wird mit ihrem Sieg über die deutsche Bourgeoisie.

Bankrott eingekündigt der Thüringer Koalition

Berlin, 6. Dez. (Fig. Drahtbericht.)

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt über den Ausgang der Thüringer Gemeinde- und Kreiswahlen:

„Die jetzige Regierungskoalition (in Thüringen) ist kaum noch zu halten, und die beteiligten Rechtsparteien rechnen — das kam im Wahlkampf offen zum Ausdruck — für Januar mit der Auflösung des Landtages, so daß der Februar schon wieder für den Landtag an die Wahlurnen rufen dürfte.“

Die Ursache für diesen Zusammenbruch der Bürgerblockherrschaft in Thüringen ist vor allem das starke Anwachsen der kommunistischen Stimmen bei gleichzeitigem Rückgang der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stimmen, wie es bei den Gemeinderatswahlen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Berliner Wertekammer gegen §§ 218/19

Annahme eines kommunistischen Antrages

Die Berliner Wertekammer nahm nach längerem hitzigen Auseinandersetzungen über den § 218 einen Antrag des sozialdemokratischen Ausschusses mit einer Einleitung des Genossen Dr. Klaubert an, in dem es heißt:

„Die Wertekammer ist der Ansicht, daß die heutigen gesetzlichen Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen über die Unterbrechung und Verhütung der Schwangerschaft in Uebereinstimmung mit dem Volksempfinden nicht der Meinung der Berliner Wertekammer entsprechen. Die Wertekammer fordert daher eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen in der Richtung, daß für die Unterbrechung der Schwangerschaft durch den Arzt neben der gesundheitlichen auch die soziale Indikation (d. h. wirtschaftliche Lage) in Betracht gezogen werden darf.“

Neue Erfolge der KPD bei Gemeinderatswahlen

Bei der Gemeinderatswahl in Ladan (Schlef.) erhielt die KPD 402 Stimmen, die SPD 178 Stimmen, Zentrum 1370, die Vereinigte Deutsche Partei 301 Stimmen und die Vereinigte Arbeiterpartei 153 Stimmen. Die KPD ist damit zur zweitstärksten Partei im Ort aufgerückt. Die Mandate verteilten sich wie folgt: Zentrum 11, KPD 3, FDP 2, SPD 1, VAW 1.

Bei den Gemeinderatswahlen in Sternberg (Sachl.) erhielt die KPD 106 Stimmen, und gegenüber der letzten Reichstagswahl eine bedeutende Zunahme. Die SPD erhielt 153 Stimmen und einen empfindlichen Stimmenverlust.

Betriebsmorde ...

Durch Explosion eines Karbidbalkens in Ferro in Müdeberg verunglückte der Arbeiter Emil Ziehmann tödlich. Der Arbeiter Herbert Richter erlitt schwere Augenverletzungen.

In der Zuderfabrik Koihsch verunglückte der Arbeiter Hebe aus angeblich unbekannter Ursache. Er wurde in erstem Zustand ins Krankenhaus übergeführt.

Bei Kanalarbeiten am Kampwerk in Vusenwalde geriet einer der Arbeiter mit der Viehleitung in Verbindung. Sämtliche Arbeiter wurden vom Strom getroffen. Zwei waren sofort tot, von den übrigen Schwerverletzten schweben zwei in Lebensgefahr.

Es lebe die kapitalistische Ubrüstung!

Eine neue Munitionsfabrik der Stoda-Werke

Die Stoda-Werke errichten in Fischheiligen eine neue Munitionsfabrik. Der diesbezügliche Vertrag der Gemeinde Fischheiligen mit den Stoda-Werken wurde bereits seitens der Bezirksverwaltung vom Staat genehmigt.

Der Kommunismus in China lebt!

Kommunistenvereinigungen in Süchina

Peking, 3. Dezember. (Teluntion.) Wie aus Hankow gemeldet wird, ist die Kreisakademie in Wampu wegen Ueberhandnehmens des kommunistischen Elements in ihr aufgelöst worden. Außerdem wurde die Bekämpfung von vier chinesischen Kanonenbooten verweigert. Die Kanalfahrt wird beschleunigt, kommunistische Propaganda betrieben zu haben.

Ein Nießenbetrug aufgedeckt

Die Stadt Waldenburg um über eine Million Mark geschädigt

III. Berlin, 5. Dezember. Durch ein Konsortium Berliner Finanzleute ist die Stadt Waldenburg i. Schlesien, die sich bekanntlich in einer sehr gespannten Finanzlage befindet, um ungeheure Summen geschädigt worden. Durch zwei Berliner Vermittler namens Theodor Rathke und Leon Reichmann hatte die Stadt im Jahre 1927 eine Anleihe aufgenommen und die Regelung des Zinsendienstes dem gleichen Vermittler übergeben. Durch verschiedene Praktiken gelang es diesem schließlich, die Obligationen, die bisher bei einem Bankler im Depot lagen, in seinen Besitz zu bringen und ohne Wissen des Bürgermeisters von Waldenburg darüber zu verfügen. Die Stadt hatte sich, wie allgemein üblich, verpflichtet für die Obligationen Ratschüsse zu zahlen, wenn der Kurs unter 90 sinken sollte. Diese Ratschüsse wurden sehr bald fällig, da der Kurs bis auf 87 zurückging, und Waldenburg mußte erhebliche Zuschüsse leisten. Am 1. April d. J. war nun die erste Zinsrate für die Anleihe in Höhe von 90 000 Mark fällig, die Rathke abgeben sollte. Diese Rate rechnete Rathke der Stadt Waldenburg gegenüber nicht ab und erklärte, daß er nicht zahlungsfähig sei. Die Stadt Waldenburg war nun in Verlegenheit, wo man die Gelder zur Abdeckung der Verpflichtungen beschaffen solle und diesen Umstand mußte Rathke aus. Er schickte den in seinem Hause tätigen Vermittler Leon Reichmann nach Waldenburg, wo dieser mit dem Oberbürgermeister Dr. Wiesner verhandelte. Reichmann sagte durch, daß die Obligationen aus ihrem bisherigen Depot herausgenommen und der Firma Rathke übergeben wurden, so daß Rathke frei über die einzelnen Stücke verfügen konnte. Diesen Umstand machte sich Rathke zunutze, indem er ohne Wissen seiner Auftraggeber nach und nach den ganzen Anleihebetrag im Werte von 755 000 Goldmark veräußerte und die Gelder für private Geschäfte verwendete. So kaufte er Luxusautos, ein Gut und gab Darlehen, die nicht wieder herein kamen. Als der Oberbürgermeister dann im Sommer d. J. zur Kontrolle nach Berlin kam, war bereits nichts mehr zu retten. Da er noch hoffte, etwas von den Werten für seine Stadtverwaltung retten zu können und sich aus diesem Grunde nicht zu einer Strafanzeige entschließen konnte, ernannte er den Vermittler Leon Reichmann als Treuhänder und die Stadt Waldenburg gab zur Deckung der Zinszahlungen erneut 160 000 sowie 40 000 Mark für die Sanierungsarbeiten. Diese Maßnahme jedoch und der Zusammenbruch ließ sich nicht länger verheimlichen. Gegenwärtig ist die Staatsanwaltschaft mit der Aufklärung des Falles beschäftigt. Wie mitgeteilt wird, sind die höchsten Korporationen in Waldenburg leide über die

unterrichtet. Die Aufklärung der einzelnen Vorgänge dürfte erst durch die Berliner Polizei und die Staatsanwaltschaft erfolgen. Leon Reichmann hat schon verschiedentlich die Gerichte beschuldigt und bereits zweimal in Untersuchungshaft gesessen.

Mit diesem unerhörten Betrugsfall werden sich nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch das Breslauer Stadtverordnetenkollegium zu beschäftigen haben, nachdem sie bisher von den Finanzoperationen des Oberbürgermeisters nicht unterrichtet worden sind. Diese unerhörte Betrugsaffäre war jedoch nur möglich, weil die ungeheure Finanznot der Städte und Gemeinden, infolge der Schatzpolitik, die Städte und Gemeinden bei Anleihen den Spekulanten und betrügerischen Börsenjobbern auslieferte.

Im Schneesturm verunglückt?

Teplich-Schnau. Seit Sonntag werden drei 15jährige Mädchen, von denen zwei in Teplich-Schnau, eins in Turn wohnhaft sind, vermisst. Sie hatten sich am Sonntag zu einer Skitour nach Graupen im Erzgebirge begeben. Seitdem fehlt jede Nachricht von ihnen. Es wird angenommen, daß die Mädchen in einen Schneesturm geraten und dabei umgekommen sind.

Eisenbahnunglück in Polen

III. Warschau. Am Mittwoch lief aus der Station Zgorzow ein nach Warschau fahrender Güterzug infolge fahrräder Weichenstellung auf einen anderen Güterzug, wobei sieben Wagen zertrümmert und die Lokomotive fast beschädigt wurde. Drei Güterwagen hoben sich vollkommen ineinander. Der Zugführer fand den Tod und zwei Beamte erlitten leichte Verletzungen. Der Weichensteller wurde verhaftet.

Erdbeben in Aquador und Chile

III. London. Wie aus Guayaquil in Aquador gemeldet wird, wurde die Stadt in der vergangenen Nacht von einem Erdbeben betroffen, das, obwohl leichter Art, die Bevölkerung angesichts der Erdbebenkatastrophe in Chile in großen Schrecken versetzte. Guayaquil war bekanntlich vor kurzem von Hoover auf seiner „Reise des guten Willens“ besucht worden.

Die chilenische Stadt Valparaiso wurde Mittwoch von einem neuen schweren Erdbeben heimgesucht, das zehn Sekunden